

F 1

(Bezirksvorstand)

Afrin - Resolution

Türkische Okkupation von Afrin beenden, Eskalation verhindern

Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft auf, den Angriff und die Okkupation der nordsyrischen Region Afrin zu verurteilen.

Vorgeschichte:

Seit 20.1.2018 hat die türkische Armee zusammen mit der Freien Syrischen Armee und Milizen aus ehemaligen IS und al Qaida-Kämpfern Afrin bombardiert und es am 18.4.2018 eingenommen.

Vorgeschichte: Im Jahr 2012 zog Baschar al Assad seine Truppen aus der Region zurück und kurdische Kräfte der YPG übernahmen die Kontrolle und richteten autonome Provinzen (Jazeera, Kobani, Afrin) in föderaler Verwaltung ein. Die kurdischen Kämpfer der YPG kooperierten erfolgreich mit den US-Streitkräften bei der Bekämpfung und der Vertreibung des IS aus der Region.

Die Türkei erklärt die YPG zu Terroristen, die eng mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei (PKK) der Türkei zusammenarbeitet.

Seit der Eroberung Afrins sind ca. 250.000 Menschen aus Afrin geflohen. Die kurdischen Bewohner wurden aus ihren Häusern vertrieben, ihr Besitz wurde geplündert, ihr Vieh geraubt und in ihren Häusern neue Familien angesiedelt. Damit soll die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert werden und statt Kurden Araber und Turkmenen angesiedelt werden.

Seit der Okkupation Afrins steht die Provinz unter der Verwaltung des Gouverneurs der türkischen Provinz Antakya. Die Türkei hat einen Stadtrat (Council) wählen lassen und alle Einrichtungen Afrins unter türkische Verwaltung gestellt. Überall ist die türkische Flagge gehisst.

Die SPD Hessen-Süd fordert:

- eine wirksame Initiative der UNO zur Verurteilung der Türkei wegen völkerrechtswidrigen Angriffs und Okkupation von Afrin unter Verletzung des UNSR 2401
- die Verurteilung und Verhinderung der Absicht der Türkei, weitere Gebiete von Nordsyrien bis hin zum Irak unter ihre Kontrolle zu bringen
- die Einsetzung von Instanzen internationaler Kontrolle durch die UNO statt der türkischen Kontrolle
- die Verurteilung des türkischen Vorgehens durch die NATO
- NATO und EU sollen alles in ihrer Macht stehende versuchen, um eine Eskalation in der Region zu verhindern und die drohende Konfrontation zwischen USA und Frankreich auf der einen Seite und der Türkei und ihrer islamistischen Milizen auf der anderen, zu verhindern.
- Von Deutschland und allen EU-Staaten den Stopp aller Waffenexporte in die Türkei
- Überprüfung aller Vorwürfe von Kriegsverbrechen (Bombardierung von Zivilisten und Krankenhäusern, Vertreibung der Bevölkerung, Plünderungen, Folter, Vergewaltigungen, Entführungen) gegen die Türkei durch die UNO und das Internationale Rote Kreuz

- Humanitäre Hilfe und Gesundheitsversorgung durch internationale Organisationen für alle Vertriebenen und Geflüchteten in dieser Region
- Die EU soll das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei infrage stellen, falls die Türkei sich weiter Völkerrechtswidrig verhält.